



Soziale Initiative Pöbneck
www.soziale-initiative-poessneck.de

Constanze Truschzinski
Stadträtin SIP
Rosa Luxemburg Str. 13
07381 Pöbneck
0173 888 41 53

Pressemitteilung

Pöbneck, 28.09.2010

Wohnen ist soziale Beziehung

„Wohnen ist soziale Beziehung“ sagte Bodo Ramelow zur Konferenz soziales Wohnen der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag in Jena. Die Ausgestaltung von der Lebensbeziehung wohnen in einer Gemeinde kann eben nicht nur nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen entwickelt werden.

Stadtentwicklung muss sich dem demographischen, ökonomischen und soziostrukturellen Wandel stellen. Dabei gilt es ökologische Erfordernisse zu berücksichtigen und soziale Ausgrenzung zu vermeiden, gleichzeitig sind regionale Besonderheiten zu berücksichtigen. Heidrun Bluhm MdB, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag berichtet über die Entwicklung auf Bundesebene. Die Bundesregierung setzt in der Wohnungsversorgung auf die alleinige Regulierung des Marktes mit privaten Eigentum. Die Klimaschutzziele sollen mit steuerlichen Entlastungen der privaten Wohnungseigentümer umgesetzt werden. Integrative oder soziale Probleme auf dem Wohnungsmarkt gibt es für die Bundesregierung nicht. Falls doch sind es Aufgaben von Land und Kommune.

Dabei divergiert die Wohnungssituation regional dramatisch. Es gibt Regionen mit Leerstand und sinkenden Mieteinnahmen genauso wie wachsende Metropole, mit extrem steigenden Mieten. Das vorhandene Wohnungsangebot entspricht weder dem demographischen noch ökologischen Gegebenheiten und der zu erwartenden Entwicklung. Die Förderprogramme gehen am realen Bedarf vorbei.

Für Thüringen soll es ein eigenes Wohnraumförderungsgesetz mit der Zielrichtung Entbürokratisierung und Beachtung von demographischer Entwicklung geben. Der Etat in der Wohnungsbauförderung liegt dann bei 35 Mio Euro, der u.a. auch zur Schaffung von Wohnbauland auch für Haushalte mit geringen Einkommen dient. Zur Altschuldenhilfe der großen Wohnungsunternehmen gibt es erste Überlegungen, um auch dem Zerfall von Innenstädten entgegen zuwirken.

Um die Wohnungs- und Lebenssituation auch für Menschen mit Bezug von Sozialleistungen menschenwürdig zu gestalten, gab RAin für Sozialrecht Gabrielle Senff aus Pöbneck in ihrem Referat einen Aus- und Einblick in die aktuellen Gesetzesgrundlage und empfahl den Wohnungsunternehmen ihre Mietverträge auf die aktuelle geänderte Rechtslage im Miet – und Sozialrecht abzustimmen.

Als konkrete Beispiele für kommunale und soziale Verantwortung bei der örtlichen Wohnraumversorgung, berichtete Thomas Kreiter Aufsichtsrat GWG Weimar e.G. und Wolfgang Flögel, WGS Wohnungsgesellschaft Sömmerda mbH über die Aktivitäten ihrer Gesellschaften, den Herausforderungen des Marktes und der sozialen, infrastrukturellen und demographischen Gesellschaftsentwicklung gerecht zu werden. Genossenschaftliches und kommunales Engagement in der Wohnungsversorgung ist notwendig für eine soziale Stadtentwicklung mit Beachtung der geänderten Bedürfnisse im Wohnraum und dem Wohnumfeld. Um Wohnen als soziale Beziehung zu begreifen und umzusetzen, muss öffentlich der soziale und demographische Wandel, die infrastrukturellen Erfordernisse einer modernen Gesellschaft diskutiert werden und die Frage beantwortet werden: „Was ist angemessenes Wohnen? Mit welcher Begründung fordern wir für Menschen im sozialen Leistungsbezug des Staates einen niedrigeren Wohnstandard und ist dieser mit den ökologischen Erfordernissen und Klimaschutzziele vereinbar?

Soziales Wohnen muss das Menschenrecht auf Wohnen mit sozialer Beziehung und ökologischem Lebensumfeld für die jetzige und zukünftige Generation sichern.

Mit freundlichen Grüßen
Constanze Truschzinski
www.constanzetruschzinski.de